



Bürgerliche Finanzpolitiker wollen Wachstum des Bundespersonals begrenzen

Bundesbeamte SVP und FDP halten 1100 neue Vollzeitstellen in zwei Jahren für zu viel. SP und CVP lehnen eine Obergrenze ab.

«Es kann so nicht weitergehen», sagt Albert Vitali, Luzerner FDP-Nationalrat und Mitglied der Finanzkommission. Vitali wird an der nächsten Sitzung zusammen mit Vertretern der SVP eine Motion einreichen, welche den Bundesrat dazu verpflichten will, den Personalbestand des Bundes auf dem heutigen Stand einzufrieren.

Der Voranschlag des Bundes enthält zusätzliche Personalausgaben von 183 Millionen Franken, unter anderem für 265 neue Stellen. Gegenüber 2018 würde dies ein Wachstum um über 1000 Stellen bedeuten. «Dem Bundesrat fehlt es an Führungswillen, die Personalkosten in den Griff zu bekommen», kritisiert Nationalrat Vitali.

Eine solche Obergrenze beim Bundespersonal gab es bereits bis 2016. Sie lag bei 35 000 Stellen. Bei der Einführung des neuen Führungsmodells des Bundes wurde sie überschritten, weil bisher nicht gezählte Stellen, zum Beispiel auf Aussenstationen, neu dazugezählt wurden. Vitali hat dafür Verständnis, wie er sagt. Aber seither wachse die Bundesverwaltung ungehindert weiter. Deshalb brauche es wieder eine Obergrenze. Vitali nennt zwei Beispiele. Der Nachrichtendienst solle 100 zusätzliche Stellen erhalten, doch sollen nur 40 davon

im Verteidigungsdepartement gestrichen werden. 60 Beamte würden somit zusätzlich angestellt. Vitali hingegen findet, Personalaufstockungen müssten andernorts eingespart werden.

Das zweite Beispiel betrifft Finanzminister Ueli Maurer. «Mit der Digitalisierung der Zollabfertigung müssten gemäss Bundesrat 1500 Stellen eingespart werden können. Doch Ueli Maurer sagte uns kürzlich, dass er diese Stellen nur umfunktionieren wolle.» Das Projekt koste mindestens 400 Millionen Franken, und es könne doch nicht sein, dass damit nicht auch Beamte eingespart würden. «Die Digitalisierung muss auch beim Bund zu höherer Produktivität führen», findet Vitali, «das heisst: Weniger Leute erfüllen die gleichen Aufgaben.»

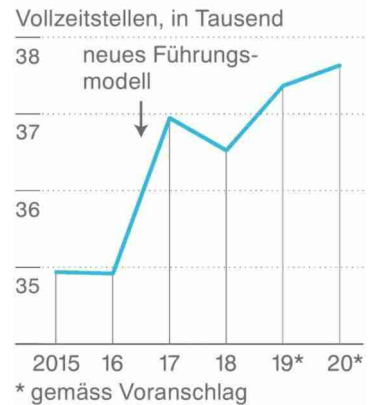
Mattea Meyer, Zürcher SP-Nationalrätin und Mitglied in der Finanzkommission, findet den Antrag eine «Zwängerei» der Bürgerlichen. «Es vergeht kaum eine Sitzung der Finanzkommission, an der wir nicht über eine Plafonierung des Bundespersonals reden», sagt sie. Die Verwaltung könne jeweils gut aufzeigen, dass es das Parlament selber sei, welches neue Aufgaben beschliesse: «Wir haben ein Wachstum bei der Bevölkerung und bei den Unternehmen, da ist es doch logisch,

dass der Staat auch wächst.» Auch CVP-Finanzpolitiker Alois Gmür steht dem Vorschlag skeptisch gegenüber: «Es ist das Parlament, das neue Aufgaben beschliesst.»

Schon vor einem Jahr forderte die Finanzkommission einen solchen Plafond. Im März stimmte der Nationalrat mit den Stimmen von SVP, FDP und Grünliberalen dafür. Der Ständerat – noch 2015 für eine Begrenzung des Bundespersonals auf 35 000 Stellen – versenkte das Ansinnen im letzten Juni jedoch deutlich mit 31 gegen 4 Stimmen.

Dominik Feusi

Beim Bund gibt es immer mehr Stellen



Grafik: mrue/Quelle: Eidg. Finanzdepartement